



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 1
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik und NEIN zur atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr

- 1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 1. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für einen Abzug aller Atomwaffen aus der Bundesrepublik
6 und eine Ablehnung der atomwaffen-unterstützenden Aufrüstung der Bundeswehr ein.
7 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, diese Haltung in der Großen Koalition
8 konsequent zu vertreten und entsprechende Entscheidungen zu treffen.
9 3. Die SPD wird diese Haltung auch in künftigen Koalitionsverhandlungen vertreten und keine
10 Koalitionsverträge mit anderslautenden Festlegungen schließen.
11 4. Die SPD wird diese friedenspolitische Forderung im nächsten Bundestagswahlkampf aufgreifen
12 und thematisieren.

13
14
15
16 **Begründung:**

17
18 Der aktuelle Streit in der Großen Koalition um die Neubeschaffung von Kampfflugzeugen, die
19 geeignet sind, US-Atombomben zu ihren „Zielen“ zu transportieren, hat ein Thema wieder ins
20 öffentliche Bewusstsein zurückgerufen, welches lange Zeit keine besondere Aufmerksamkeit mehr
21 erfahren hat: die militärische und sicherheitspolitische Standortbestimmung der Bundesrepublik.
22

23 In diesem Streit haben der SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzende und der SPD-Bundesvorsitzende
24 bereits deutlich gemacht, dass sie diese Nachrüstung und auch die Stationierung der US-
25 amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden ablehnen. Insgesamt zeigt sich die SPD-Spitze
26 aber in dieser Frage alles andere als geschlossen, weshalb eine Grundsatzentscheidung und
27 Positionierung der Partei in dieser Frage zu diskutieren und herbeizuführen sind.
28

29 Die Duisburger SPD sieht sich in dieser Frage konsequent in der langen friedenspolitischen
30 Tradition der Partei, die in den letzten Jahrzehnten u.a. gekennzeichnet war durch die
31 Entspannungs- und Friedenspolitik Willy Brandts, der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses
32 (auch auf die Gefahr und letztlich mit der Konsequenz des Machtverlustes) und dem entschiedenen
33 Nein der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder zum Irak-Krieg. Es war seit 1945 über
34 Jahrzehnte hinweg gesellschaftspolitischer Konsens in Ost und West, dass von deutschem Boden
35 kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Die Bundesrepublik hat es sich auch nach der Wiedervereinigung
36 und der Herstellung voller staatlicher Souveränität daher zu Recht nie leichtgemacht, ihren
37 Bündnisverpflichtungen durch aktive Auslands- und Kampfeinsätze nachzukommen. Allen gingen
38 letztlich leidenschaftliche Debatten und am Ende legitimierende Bundestagsbeschlüsse voraus.
39

40 Ohne die Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik in Zweifel stellen und eine stärkere
41 internationale Verantwortung als noch vor 1989 negieren zu wollen, bleibt es mit Blick auf die
42 jüngere deutsche Geschichte doch dabei, dass es auch eine besondere Verantwortung der
43 Bundesrepublik für die Friedenerhaltung und gegenüber den besonders Leidtragenden des 2.
44 Weltkrieges - insbesondere dem jüdischen Volk und Russland - gibt. Wenn heute im Rahmen von
45 NATO-Manövern an der russischen Grenze wieder deutsche Panzer auffahren (wie 2019 in
46 Litauen), zeugt dies von wenig historischer Sensibilität und Verantwortung. Gleiches gilt zweifellos
47 für die auf deutschem Boden stationierten US-Atomwaffen, die auch noch durch deutsche
48 Kampfflugzeuge transportiert werden sollen - dass gerade von der Bundesrepublik eine atomare
49 Bedrohung für Russland ausgehen soll, zeigt in erschreckendem Maße, wie sehr das Denken des
50 „Kalten Kriegs“ in den Köpfen vieler Verantwortlicher noch präsent zu sein scheint.

51
52 Spätestens die US-amerikanische Außenpolitik im Vorfeld und im Zuge des Irak-Krieges hat
53 gezeigt, dass die USA-Administrationen Partnerschaft und gleichberechtigte Teilhabe in der NATO
54 recht einseitig im Sinne ihrer Interessenlagen definieren. Mit der Präsidentschaft Donald Trumps
55 haben die Unberechenbarkeit und Partnerschaftsdefinition der USA nunmehr ein Niveau erreicht,
56 das Anlass zur Sorge geben muss. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf
57 Mützenich, hat dazu ausgeführt, die Regierung Trump habe zwischenzeitlich verkündet, dass
58 Atomwaffen nicht mehr nur der Abschreckung dienen, sondern Waffen seien, mit denen man
59 Kriege führen könne. Die USA behielten sich vor, auf Bedrohungen, zum Beispiel auch durch
60 Cyber-Angriffe, mit nuklearen Vergeltungsschlägen zu reagieren. Auch der Ersteinsatz sei nicht
61 vom Tisch. Zudem habe die US-Regierung angekündigt, die in Deutschland lagernden Atomwaffen
62 durch modernisierte, zielgenauere atomare Lenkwaffen ersetzen zu wollen. Damit sei das
63 Eskalationsrisiko unüberschaubar geworden.

64
65 Statt sich für Nach- und Aufrüstung einzusetzen, wäre es angesichts eines weltweiten Wettrüstens,
66 in das 2018 nahezu zwei Billionen US-Dollar geflossen sind, dringend an der Zeit, sich wieder
67 verstärkt dem Thema „Abrüstung“ zu widmen. Die Forderung des Abzuges der Atomwaffen aus
68 Deutschland und der Verzicht auf die Nachrüstung der Trägersysteme könnte hier ein erstes starkes
69 Signal setzen und den Anstoß für weitere Abrüstungsinitiativen geben. Es stünde der
70 Bundesrepublik gut an, hier eine Führungsrolle zu übernehmen und dafür Partner zu gewinnen –
71 sowohl in der EU, als auch in der NATO und international.

72
73 Auch mit Blick auf eine neue inhaltliche Ausrichtung der SPD und dem nächsten
74 Bundestagswahlkampf empfiehlt es sich, das lange aus dem Blickfeld verschwundene Thema
75 „Friedenspolitik“ wieder aufzugreifen – denn immer, wenn sich die SPD glaubwürdig dieses
76 traditionellen Kernthemas angenommen hat, vermochte sie Menschen für sich zu begeistern und
77 zu mobilisieren.

78
79
80
81
82
83
84
85
86

87 Angenommen:
88 Abgelehnt:
89 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 2
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Umbenennung des Opernplatzes in Josef-Krings-Platz

1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Die ursprüngliche Entscheidung, ein Teilstück der Düsseldorfer Straße nach dem verstorbenen Alt-
6 Oberbürgermeister Josef Krings zu benennen, wird aufgehoben.
7
8 Stattdessen wird die SPD-Ratsfraktion aufgefordert, sich im Rat der Stadt Duisburg für eine
9 Umbenennung des Opernplatzes in Josef-Krings-Platz einzusetzen.

10
11
12 **Begründung:**
13
14 Kurz nach dem Ableben von Alt-Oberbürgermeister Josef Krings hat der UB-Parteitag zu Recht
15 mit deutlicher Mehrheit beschlossen, das Andenken des Verstorbenen zu würdigen und durch die
16 Umbenennung eines Teilstückes der Düsseldorfer Straße (vom Lifesaver-Brunnen bis zur alten
17 Stadtbibliothek) in Josef-Krings-Platz zu ehren.

18
19 Nach intensiven Beratungen ist der Vorstand des Ortsvereins Rheinhausen-Mitte zu der
20 Auffassung gekommen, dass dieser Beschluss möglicherweise übereilt getroffen wurde, in jedem
21 Fall aber diese beschlossene Fläche nicht hinreichend geeignet ist, dem Anspruch auf
22 angemessene Würdigung der Verdienste von Josef Krings Rechnung zu tragen. Zwar gibt es mit
23 der (alten) Bibliothek und dem Lifesaver-Brunnen Bezugspunkte zum kulturellen Wirken von Josef
24 Krings, doch gibt es mit dem Stadttheater eine Einrichtung, die deutlich enger mit seinem Namen
25 verbunden ist. Auch erscheint das Teilstück auf der Düsseldorfer Straße als zu wenig exponiert
26 und stadtbildprägend; zudem fehlt ihr der eindeutige Platzcharakter.

27
28 Oper und Ballett waren zweifellos eine besondere Leidenschaft von Josef Krings, und hierum hat
29 es sich unbestritten auch in herausragender Weise verdient gemacht. Der Opernplatz ist daher als
30 Bezugspunkt zu seinem Wirken, aber auch aus stadtebildprägender Sicht der angemessenste Ort,
31 seiner Person und Verdienste zu gedenken. Wir sind ganz sicher: Dieser Ort würde ihm gefallen!

32
33
34
35
36
37 Angenommen:
38 Abgelehnt:
39 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 3
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	UB-Parteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Legalisierung und Entkriminalisierung von Cannabis

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:
3
4 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für eine Legalisierung und somit Entkriminalisierung von
5 Cannabis ein.

6
7 Die Ausgestaltung einer zeitgemäßen, an den gesellschaftlichen Realitäten und
8 wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierten „Cannabis-Politik“ soll folgende Regelungen in
9 Form eines 2-Stufen-Modells einschließen:

10
11 Stufe 1:

- 12
13 1. Der Besitz und der Erwerb von Cannabis soll künftig bis zu einer noch festzulegenden
14 Menge nicht mehr strafrechtlich verfolgt, sondern nur noch als Ordnungswidrigkeit
15 behandelt werden.
16 2. Es sollen wissenschaftlich begleitete Modellprojekte (z.B. auf kommunaler Ebene)
17 ermöglicht werden, in denen die legale und regulierte Abgabe von Cannabis an
18 Konsument*innen erprobt werden können.
19 3. Im Straßenverkehr soll eine wissenschaftlich fundierte Höchstgrenze für den THC-Wert im
20 Blut festgelegt werden.

21
22 Stufe 2: (Umsetzung nach evaluierter erfolgreicher Umsetzung von Stufe 1)

- 23
24 1. Die kommerzielle Nutzung von Cannabis, welche den Anbau, die Verarbeitung und den
25 Handel einschließt, soll legalisiert, aber unter strenge staatliche Kontrolle und Lizenzierung
26 gestellt werden.
27 2. Die Ausgabe soll über staatlich lizenzierte Ausgabestellen (z.B. über Apotheken) erfolgen.
28 3. Die Richtlinien des Kinder- und Jugendschutzes sollen beim gewerblichen Verkauf von
29 Cannabis höchste Priorität haben.
30 4. Staatliche Einnahmen, die mit der Legalisierung von Cannabis einhergehen, sollen
31 größtenteils für Aufklärung und Suchtprävention genutzt werden.
32 5. Es soll ein generelles Werbeverbot für Cannabis und Cannabisprodukte gelten.

33
34 **Begründung:**

35
36 Cannabis ist die in Deutschland mit Abstand am meisten konsumierte illegale Droge und damit wie
37 Alkohol und Tabak längst zu einer „Volksdroge“ geworden. In den letzten Jahren hat insbesondere
38 der Konsum in der Altersgruppe der 12- bis 25-jährigen überproportional zugenommen. Dies zeigt
39 nachdrücklich, dass die Verbotspolitik der letzten Jahrzehnte gescheitert ist.

41 **Anerkennung wissenschaftlicher Fakten und therapeutischer Nutzen**

42
43 Dass Cannabis eine Droge ist, soll nicht bagatellisiert werden, doch wissenschaftlich ist längst
44 nachgewiesen, dass sie nicht gesundheitsschädlicher als Tabak und insbesondere Alkohol ist –
45 von den weitreichenden sozialen Auswirkungen des Alkoholmissbrauchs ganz zu schweigen.
46 Wissenschaftlich widerlegt ist auch die Grundannahme, dass Cannabis die Einstiegsdroge zu
47 „härterem Konsum“ sei. Zudem ist mittlerweile die medizinisch-therapeutische Nutzbarkeit von
48 Cannabis unbestritten, weshalb der Gesetzgeber mit dem „Cannabis-Gesetz“ 2017 den Weg für
49 eine ärztlich verordnete Abgabe freigemacht hat. Dennoch ist für viele Patient*innen der
50 Genehmigungsprozess immer noch eine große Hürde; zudem erschweren Lieferengpässe die
51 Versorgung und sind viele Ärzt*innen verunsichert. Eine vollständige Legalisierung unter den oben
52 genannten Rahmenbedingungen würde für viele Patient*innen und Ärzt*innen Rechtssicherheit
53 schaffen und viel Leid mindern.

54 **Abkehr von einer gescheiterten Cannabis-Politik und ihren Folgen**

55
56
57 Die repressive Drogenpolitik in Bezug auf Cannabis hat definitiv nicht zu einer Minderung des
58 Konsums geführt. Ganz im Gegenteil: Der durch das Verbot entstandene Schwarzmarkt ignoriert
59 nicht nur Kinder- und Jugendschutzrichtlinien und macht es so minderjährigen Personen leicht, an
60 Drogen zu kommen, sondern öffnet auch die Tür zu härteren Drogen, da die Dealer diese ebenso
61 „im Angebot haben“. Hierdurch werden insbesondere junge Menschen gezielt und skrupellos in die
62 Abhängigkeit geführt.

63
64 Naturgemäß unterliegt ein Schwarzmarkt auch nicht einer Qualitätskontrolle, was dazu führt, dass
65 auf diesem Markt „Produkte“ angeboten werden, die nicht selten gesundheitsschädlich und
66 abhängigkeitsfördernd sind. Eine Legalisierung, die gewerblichen Anbau und Verkauf unter
67 staatliche Kontrolle und Lizenzierung stellt, kann hierbei deutlich Abhilfe schaffen und zudem
68 sowohl einen strikten Kinder- und Jugendschutz gewährleisten als auch einen „Umstieg“ auf
69 härtere Drogen verhindern helfen. Nur eine staatliche bzw. staatlich garantierte
70 Qualitätsüberprüfung kann die Minimierung gesundheitlicher Risiken gewährleisten.

71
72 Angesichts aller bekannten Fakten dürfte mittlerweile unstrittig sein, dass die aktuelle Rechtslage
73 wenig tauglich ist, Sucht und damit verbundene Kriminalität effektiv zu bekämpfen. Die
74 Stigmatisierung und Kriminalisierung von Konsument*innen befördert kriminelle Karrieren eher als
75 sie zu verhindern. Über den Schwarzmarkt, der vollständig in der Hand der organisierten
76 Kriminalität liegt, erfolgt ein „niedrigschwelliger“ Kontakt zu kriminellen Kreisen, was die Anwerbung
77 neuer Dealer und somit den Einstieg in die Kriminalität erleichtert. Eine Entkriminalisierung von
78 Cannabis würde auch für Polizei und Justiz eine deutliche Entlastung bedeuten. Nicht zuletzt vor
79 dem Hintergrund, dass ein Großteil der Verfahren zum Thema Cannabisbesitz eingestellt werden,
80 hat sich selbst der Bund Deutscher Kriminalbeamter mittlerweile für eine Legalisierung
81 ausgesprochen.

82 **Suchthilfe und Aufklärung**

83
84
85 Sucht ist eine Krankheit und kein Straftatbestand! Bei den als „Volksdrogen“ Alkohol und Tabak
86 wird die Abhängigkeit nicht nur geduldet bzw. hingenommen, sondern damit über
87 Steuereinnahmen auch noch prächtig verdient. Die gesundheitlichen Folgen hingegen werden auf
88 die Solidargemeinschaft der Krankenkassen verlagert. Diese Praxis gilt es dringend zu überdenken
89 und zu verändern.

90

91 Ein maßvoller Umgang von Rauschmitteln/Drogen führt nicht zwangsläufig in die Abhängigkeit,
92 weshalb hier einer entsprechenden Aufklärung höchste Priorität einzuräumen ist. Ein
93 verantwortlicher Konsum von Cannabis kann am effektivsten sichergestellt werden, wenn der THC-
94 Gehalt über einen kontrollierten Anbau definiert/garantiert ist und Konsument*innen darüber
95 Bescheid wissen. Insofern kann eine staatlich kontrollierte Abgabe sinnvoll mit Aufklärungsarbeit
96 verknüpft werden, die hier nicht nur theoretisch, sondern über eine Anbindung an die
97 Abgabestellen „nah an Kund*innen/Patient*innen“ erfolgen kann.

98
99 Süchtigen sollte mit Fürsorge, Hilfe und Suchtberatung begegnet werden, anstatt diese Personen
100 zu kriminalisieren. Deshalb sollten Beratungsstellen für Süchtige, sowie die Suchtprävention
101 massiv ausgebaut werden. Über die mit einer Legalisierung verbundenen staatlichen Einnahmen
102 könnte dies in Zukunft deutlich intensiver sichergestellt werden.

103

104

105 **Globale Trendwende - Von anderen lernen**

106

107 International ist eindeutig ein Trend zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Cannabis
108 erkennbar. Mit Kanada hat im Jahre 2018 die erste große Industrienation Besitz und Konsum von
109 Cannabis für Erwachsene legalisiert. In aktuell 10 Bundesstaaten der USA gilt dies ebenso. In
110 weiten Teilen Südamerikas, in Mexiko sowie zahlreichen anderen Ländern wurde Cannabis
111 mittlerweile entkriminalisiert, d.h. Besitz und Konsum gelten nicht mehr als Straftat, sondern max.
112 als Ordnungswidrigkeit – oder werden generell geduldet.

113

114 In der EU sind bislang Tschechien - Eigenbedarf und Anbau von Cannabis in definiertem Rahmen
115 sind legal - und Portugal - straffreier Eigenbedarf aller Drogen; gekoppelt mit intensiver Prävention
116 und Aufklärung - den liberalsten Weg gegangen. Gerade Portugal hat mit der Entkriminalisierung
117 den Drogenkonsum deutlich zurückdrängen können. In der Schweiz ist derzeit eine Initiative für
118 eine Volksabstimmung zur Legalisierung von Cannabis in Planung, und als erstes europäisches
119 Land hat Luxemburg angekündigt, den Besitz und Konsum von bis für den privaten Gebrauch bis
120 Ende 2019 legalisieren zu wollen.

121

122

123 **Die SPD geht neue Wege**

124

125 In einem Positionspapier zu diesem Thema hat nunmehr auch die SPD-Bundestagsfraktion eine
126 Abkehr von der bisherigen Cannabis-Verbotspolitik in Deutschland beschlossen. Dieses
127 Positionspapier beinhaltet die Forderungen der in diesem Antrag formulierten Stufe 1. Es ist
128 sicherlich sinnvoll, zunächst die Ergebnisse der hiermit verbundenen Maßnahmen abzuwarten und
129 keine voreiligen Schlüsse zu ziehen. Gleichwohl wird es ebenso als sinnvoll erachtet, bereits heute
130 eine Zielperspektive zu formulieren, die im Falle entsprechender Ergebnisse den eingeschlagenen
131 Weg konsequent in Richtung vollständiger Legalisierung weitergeht. Eine solche Perspektive,
132 soweit sie dann vertretbar sein wird, ist die SPD den vielen Menschen schuldig, die hier auf ein
133 Umdenken und eine neue Politik setzen!

134

135

136

137 Angenommen:

138 Abgelehnt:

139 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 4
ANTRAGSTELLER	SPD Unterbezirksvorstand
ADRESSAT	UB-Parteitag
BETREFF	Bedrohung von rechts. NULL Toleranz

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Duisburger SPD stellt sich hinter ehrenamtlich Engagierte, Politiker*innen,
5 Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und alle Demokrat*innen, die rechtsradikalen und
6 rechtspopulistischen Bedrohungen ausgesetzt sind. „Unser demokratischer Rechtsstaat
7 muss sich als wehrhaft und schutzbereit erweisen. Deshalb erwartet die Duisburger SPD
8 eine konsequente Verfolgung und Bestrafung bezüglich solcher Angriffe und Bedrohungen
9 durch Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte.“

10
11
12 **Begründung:**

13
14 Einschüchterungen und Bedrohungen über Briefpost, E-Mail, Telefon, Sachbeschädigung
15 und ganz besonders über soziale Netzwerke an in der Öffentlichkeit für demokratische
16 Ideale eintretenden Bürger*innen haben in den letzten Jahren in einer Weise
17 zugenommen, die nicht mehr hinnehmbar sind.

18 Bedrohungen von Leib und Leben an die Personen selbst, deren Familien und
19 Angehörigen sind perfide Methoden der Einschüchterung. Sie haben das Ziel, das Herz
20 der freiheitlich demokratischen Gesellschaftsordnung zu stören und am Ende zu zerstören:
21 das ehrenamtliche, politische und gesellschaftliche Engagement. Die Anfeindungen
22 reichen von Beleidigungen bis hin zu Morddrohungen.

23 In NRW werden seit 2016 Straftaten auf Mandatsträg*innen gesondert erfasst. Über 100
24 Straftaten insbesondere gegen kommunale Amtsträger*innen sind seitdem registriert
25 worden. Nach den Recherchen von Report München im Sommer 2019 sind über 40% der
26 amtierenden Bürgermeister*innen in Deutschland von rechtsradikalen Anfeindungen
27 betroffen. Die SPD-Bürgermeister*innen der niedersächsischen Gemeinde Estorf, Arnd
28 Focke, und der sächsischen Gemeinde Arnsdorf, Martina Angermann haben ihr Amt aus
29 diesem Grund aufgegeben. Der SPD-Bürgermeister von Kamp-Lintfort, Christoph
30 Landscheidt, sah sich zu Maßnahmen gezwungen, sich selbst und seine Familie zu
31 schützen. Die Mordanschläge auf Henriette Reker aus Köln (parteilos) und den Altenaer
32 Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU) wurden von der Presse international aufgegriffen.
33 Bedrohungen von Landtags- und Bundestagsabgeordneten, sowie von Funktionär*innen
34 von Parteien und NGO´s sind inzwischen die Regel.

35 Im Januar 2020 verübten Rechtsextreme einen Anschlag auf das Bürgerbüro des SPD-
36 Bundestagsabgeordneten Dr. Karamba Diaby. Mehrere Einschusslöcher fanden sich in
37 der Fensterscheibe.

38 Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) vor
39 seinem Wohnhaus aus rechtsextremistischen Motiven mit einem Pistolenschuss in den
40 Kopf ermordet.

41 Der international renommierte Duisburger Künstler und Sozialdemokrat Cyrus Overbeck
42 (Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste, Salzburg) floh nach
43 einem antisemitisch motivierten Anschlag im Mai 2019 auf ihn selbst in seiner Wahlheimat
44 Esens zurück in seine Heimatstadt.

45 Die Hemmschwelle rechtsradikaler Aktivist*innen ist seit dem Einzug der Rechtspopulisten
46 in die Parlamente und Stadträte erheblich gesunken. Der Schutz und die Solidarität mit
47 den Bedrohten und den Opfern rechter Gewalt sind elementar für unsere Freiheit und
48 unsere Demokratie.

49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85

86 Angenommen:
87 Abgelehnt:
88 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 5
ANTRAGSTELLER	SPD Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
BETREFF	Verbot von Wildtieren im Zirkus – keine Unterhaltung auf Kosten der Tiere!

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein generelles Verbot von Wildtieren im Zirkus ein. Zu
5 diesen wildlebenden Tieren gehören vor allem Affen, Elefanten, Giraffen, Flusspferde, Nashörner,
6 Zebras, Strauße, Großkatzen, Bären, Kängurus, Reptilien und Robben.

7
8 Die Zirkusse sollen nach dem Inkrafttreten des Verbots eine noch festzulegende Übergangsfrist
9 erhalten, in der sich die Unternehmen einerseits wirtschaftlich neu aufstellen und andererseits die
10 vorhandenen Wildtiere in eine artgerechte Haltung überführt werden können.

11
12 **Begründung:**

13
14 Wildtiere, die im Zirkus zur Belustigung von Menschen gehalten werden, leiden ihr Leben lang
15 unter nicht artgerechter Haltung und teils darüber hinaus oft auch miserabler Behandlung. Die Tiere
16 werden den Großteil der Zeit in kleinen Käfigen gehalten und müssen, wenn sie aus dem Käfig
17 gelassen werden, Kunststücke ausführen, die meist nur mit einer gewalttätigen Dressur erlernt
18 werden können. Dazu kommen sowohl der Stress, der durch den dauernden Transport (bis zu 50
19 Mal im Jahr) zustande kommt, als auch die fehlende Bewegung durch Käfighaltung. Die Folgen für
20 die Tiere sind neben massiven Gesundheitsschäden auch schwere Verhaltensstörungen und eine
21 erhöhte Sterblichkeit. Der Zirkus-Report der „Eurogroup for Animals“ hat in den letzten 22 Jahren
22 zudem mehr als 300 Zwischenfälle mit Zirkustieren dokumentiert, wobei die Hälfte der Vorfälle in
23 Deutschland vorgefallen sind.

24
25 Ein Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus ist somit längst überfällig, da die Ansprüche an
26 eine artgerechte Tierhaltung in einem Zirkus nicht erfüllt werden können. Das hat bisher nicht nur
27 der Bundesrat erkannt, sondern auch die Agrarminister*innen der Bundesländer, so dass dieses
28 Verbot seit Jahren nur noch am von der CDU geführten Bundesministerium für Ernährung und
29 Landwirtschaft scheitert. Aufgrund dieser Blockadehaltung haben sich bereits etliche Kommunen
30 dafür entschieden, keine Stellplätze mehr an Zirkusse zu vergeben, die Wildtiere halten.

31
32 Betrachtet man die Situation in anderen europäischen Ländern, lässt sich feststellen, dass
33 Deutschland mit den aktuellen Regelungen hinterherhinkt. So gelten bereits in fast 30 Ländern
34 Regelungen für ein Wildtierversch, unter anderem in Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, den
35 Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und Tschechien.

36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 6
ANTRAGSTELLER	SPD Rheinhausen-Mitte
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Verbot von Wildtieren im Zirkus – keine Vergabe kommunaler Flächen für Zirkusse mit Wildtieren!

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD-Ratsfraktion wird aufgefordert, sich im Rat der Stadt Duisburg für ein Verbot von
5 Wildtieren im Zirkus einzusetzen. Zu diesen wildlebenden Tieren gehören vor allem Affen,
6 Elefanten, Giraffen, Flusspferde, Nashörner, Zebras, Strauße, Großkatzen, Bären,
7 Kängurus, Reptilien und Robben.

8
9 Da ein generelles Verbot nur auf Bundesebene durchgesetzt werden kann, soll die
10 Ausgestaltung auf kommunaler Ebene durch eine angepasste Stellplatzvergabe erfolgen.
11 Das heißt, dass auf dem Duisburger Stadtgebiet keine städtischen Flächen mehr für
12 Zirkusse, die Wildtiere halten, zur Verfügung gestellt werden sollen.

13
14 **Begründung:**

15
16 Wildtiere, die im Zirkus zur Belustigung von Menschen gehalten werden, leiden ihr Leben
17 lang unter nicht artgerechter Haltung und teils darüber hinaus oft auch miserabler
18 Behandlung. Die Tiere werden den Großteil der Zeit in kleinen Käfigen gehalten und
19 müssen, wenn sie aus dem Käfig gelassen werden, Kunststücke ausführen, die meist nur
20 mit einer gewalttätigen Dressur erlernt werden können. Dazu kommen sowohl der Stress,
21 der durch den dauernden Transport (bis zu 50 Mal im Jahr) zustande kommt, als auch die
22 fehlende Bewegung durch Käfighaltung. Die Folgen für die Tiere sind neben massiven
23 Gesundheitsschäden auch schwere Verhaltensstörungen und eine erhöhte Sterblichkeit.
24 Der Zirkus-Report der „Eurogroup for Animals“ hat in den letzten 22 Jahren zudem mehr
25 als 300 Zwischenfälle mit Zirkustieren dokumentiert, wobei die Hälfte der Vorfälle in
26 Deutschland vorgefallen sind.

27
28 Ein Verbot der Haltung von Wildtieren im Zirkus ist somit längst überfällig, da die
29 Ansprüche an eine artgerechte Tierhaltung in einem Zirkus nicht erfüllt werden können.
30 Das hat bisher nicht nur der Bundesrat erkannt, sondern auch die Agrarminister*innen der
31 Bundesländer, so dass dieses Verbot seit Jahren nur noch am von der CDU geführten
32 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft scheitert.

33
34 Aufgrund dieser Blockadehaltung haben sich bereits etliche Kommunen dafür
35 entschieden, keine Stellplätze mehr an Zirkusse zu vergeben, die Wildtiere halten. Zu den
36 bereits handelnden Kommunen gehören unter anderem mit Bonn, Düsseldorf und Köln,
37 große Städte aus NRW. Außerdem setzt sich neben Düsseldorf auch Moers als Duisburger
38 Nachbarstadt für das Verbot ein.

39

40 Betrachtet man die Situation in anderen europäischen Ländern, lässt sich feststellen, dass
41 Deutschland mit den aktuellen Regelungen hinterherhinkt. So gelten bereits in fast 30
42 Ländern Regelungen für ein Wildtierverbot, unter anderem in Belgien, Dänemark,
43 Finnland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und
44 Tschechien.

45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 7
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Kostenloser Euroschlüssel

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD Duisburg fordert das kostenfreie Ausstellen eines Euroschlüssels für körperlich
5 beeinträchtigte Menschen durch die zuständigen örtlichen Behörden. Ferner fordert die
6 SPD Duisburg, dass der o.g. Schlüssel gemeinsam mit dem Schwerbehindertenausweis
7 ausgehändigt wird. Ebenfalls wird die Antragstellung hier zusammengelegt und von
8 sämtlichen Kosten befreit.

9
10 **Begründung:**
11 Da auf Grund von Vandalismus immer mehr Behindertentoiletten abgeschlossen werden,
12 ist oft die Nutzung dieser Behindertentoiletten nicht möglich oder schwer zugänglich, da
13 entweder Reinigungskräfte abwesend sind oder es keine Aufsichtsperson gibt. Es kann
14 nicht sein, dass eine behinderte Person 23 Euro (Stand 2018) bezahlen muss, um diesen
15 Schlüssel beantragen zu können. Zudem ist nicht gewährleistet, dass jeder behinderte
16 Mensch mit dem Schwerbehindertenausweis über diesen Schlüssel in Kenntnis gesetzt
17 wird. Zudem werden Personen, welche sich die entsprechenden Kosten nicht leisten
18 können, von dieser Leistung ausgeschlossen. Ein kostenfreies Ausstellen zusammen mit
19 dem Schwerbehindertenausweis sollte somit gängige Praxis werden.

20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37 **Angenommen:**
38 **Abgelehnt:**
39 **Überwiesen an:**



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 8
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Gedenkstättenfahrten von Duisburger Schulen

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die Duisburger SPD setzt sich dafür ein, dass alle Schüler*innen an weiterführenden
5 Duisburger Schulen die Möglichkeit bekommen an einer KZ-Gedenkfahrt teilzunehmen.
6 Jede Klasse sollte eine Fahrt in eine KZ-Gedenkstätte mit anschließender Aufarbeitung
7 der Geschichte der Verbrechen des Nationalsozialismus machen können. Diese
8 Aufarbeitung soll demokratiefördernd sein und in aktuelle Geschehnisse eingeordnet
9 werden, dazu kann geschultes Fachpersonal die Schüler*innengruppen betreuen.

10
11
12
13 **Begründung:**
14 Nicht alle Schüler*innen bekommen die Möglichkeit sich intensiv mit der Geschichte
15 Deutschlands auseinanderzusetzen. Der Geschichtsunterricht vermittelt zwar ein
16 eindrucksvolles Bild von den Verbrechen der NS-Zeit, jedoch ist dies nicht mit dem Besuch
17 eines Konzentrationslagers zu vergleichen. Damit Schüler*innen einen Eindruck davon
18 bekommen, wozu Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass führen kann und welche
19 schrecklichen Taten damit verbunden sind, sollten derartige Besuche von Gedenkstätten
20 allen Schüler*innen möglich gemacht werden.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37 **Angenommen:**
38 **Abgelehnt:**
39 **Überwiesen an:**



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 9
ANTRAGSTELLER	Jusos, OV Stadtmitte
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Jusoaktionstag 2021

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen,
3
4

5 dass es an einem Samstag im Jahr 2021 einen Jusoaktionstag gibt, welcher im Rahmen
6 eines großen Festes in der Duisburger Innenstadt vor dem Forum stattfinden soll. Hierbei
7 werden u.a. verschiedene Kinder-, Jugendverbände und Vereine eingeladen, welche mit
8 verschiedenen Ständen Aktionen für Kinder und Jugendliche machen können. Neben
9 einem vielseitigen Bühnenprogramm soll auch ein Abendprogramm gestaltet werden,
10 welches besonders Jugendliche und junge Erwachsene anspricht.

11
12 Die SPD Duisburg veranstaltet neben einem Jusoaktionstag in der Innenstadt auch einen
13 online Jusoaktionstag. Hierbei sollen an dem Wochenende, wo der Jusoaktionstag
14 stattfindet, alle Online Kanäle der SPD Duisburg mit relevanten Themen für Kinder,
15 Jugendliche und junge Erwachsene beschaltet werden. Neben inhaltlichen Sharepics soll
16 es insbesondere Online Diskussionen und ein Abendprogramm geben, welches die
17 junge Generation anspricht.

18
19 Die Planungskommission, die den Jusoaktionstag2021 planen wird, soll zu mindestens
20 50% aus Menschen unter dem 35. Lebensjahr bestehen. Die Mitglieder der Kommission
21 werden in Absprache mit dem Juso UBV benannt.

22
23 **Begründung:**

24
25 Damit die SPD Duisburg verstärkt junge Menschen erreichen kann, ist dieser Aktionstag
26 wichtig, da dieser einem Format entspricht, welches auf genau diese Zielgruppe
27 ausgerichtet ist. Außerdem kann das zusätzliche online-Format junge Menschen dazu
28 bewegen, sich für die Themen der SPD zu interessieren, da die Hürde an einer solchen
29 Veranstaltung teilzunehmen gering ist.

30
31
32
33
34
35
36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 10
ANTRAGSTELLER	UB Vorstand
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Energiewende in Duisburg vorantreiben

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Als industriell geprägte Großstadt hat Duisburg nicht nur einen hohen privaten
5 Energieverbrauch. Besonders die Industrie ist auf große Mengen an Primärenergie
6 angewiesen. Kohle, Gas, Erdöl und Elektrizität sind derzeit die wesentlichen oder –fast-
7 ausschließlichen Energieträger. Mit der zureichenden Energieversorgung (und deren
8 Kosten) steht und fällt jede Industrie. Regenerative Energien, die aus Wind, Sonne oder
9 Wasserkraft und Holz in Duisburg gewonnen werden, spielen in Duisburg nur eine
10 untergeordnete Rolle.

11 Mit der Energiewende soll mittelfristig die Umstellung von fossilen Brennstoffen auf
12 regenerative Energien gelingen. Unverzichtbar ist dafür der Ausbau der regenerativen
13 Energie in Verantwortung der Stadt Duisburg. Das ist gerade und besonders für die
14 Stahlindustrie bei der Umstellung auf grünen Wasserstoff ausschlaggebend.

15 Die Bedingungen in Duisburg werden es auch zukünftig nicht zulassen, die in Duisburg
16 benötigte Primärenergie allein im Stadtgebiet selbst zu erzeugen. Aber eine deutliche
17 Steigerung des Anteils regenerativer Energien besonders aus Sonne und Wind ist
18 möglich und aus Sicht der SPD unverzichtbar. Bundes- und Landesprogramme werden
19 nur dann ihre Wirkung entfalten können, wenn zeitgleich Initiativen und konkrete
20 Maßnahmen auf kommunaler Ebene verwirklicht werden.

21
22 Folgende Maßnahmen sind dafür zielführend:

23

24 **1. Nutzung von Sonnenenergie**

25

26 - Alle Städtischen Gebäude mit geeigneten Dächern sind mit Photovoltaik für den
27 Eigenverbrauch und die Netzeinspeisung auszustatten. Für Immobilien städtischer
28 Gesellschaften und Beteiligungen gilt das ebenso. Dies ist deshalb sehr lohnend, weil
29 Energie hier vor allem tagsüber verbraucht wird.

30 - Private Hausbesitzer sollen ermutigt werden, geeignete Flächen mit PV Anlagen
31 auszurüsten.

- 32 - Die GEBAG sollte bei allen Neubauten und wo möglich im Wohnungsbestand PV
33 Anlagen einbauen.
34 - Mieter sollen auf die Möglichkeit hingewiesen werden, geeignete Balkone mit kleinen
35 Balkonkraftwerken auszurüsten.

36

37 **2. Nutzung von Windenergie**

38

39 Für das Duisburger Stadtgebiet ist ein Plan zu entwickeln, im dem Standorte für
40 Windkraftanlagen ausgewiesen werden. Dabei sollten nicht die vom
41 Bundeswirtschaftsministerium vorgegebenen sehr engen und technisch nicht
42 erforderlichen Abstandsregelungen zugrunde gelegt werden. Damit sind auch bei uns die
43 Ziele der Energiewende nicht erreichbar. Nach den Erfahrungen in anderen Ländern,
44 zum Beispiel in den Niederlanden, gibt es Standorte, die in Deutschland gar nicht zulässig
45 wären, die ist aber trotzdem ohne Nachteile für Anlieger realisierbar sind. Die
46 Randbereiche von Autobahnen oder auf Industriegeländen, bei denen der Störpegel der
47 Windanlage gegenüber anderen Lärmquellen nicht ins Gewicht fällt, sind gute Beispiele
48 für die störungsfreie Errichtung von Windenergie Masten. Deshalb müssen auch in
49 Duisburg die Möglichkeiten auf Freiflächen und in Randlagen genutzt werden.

50

51 **3. Umstieg auf E-Fahrzeuge**

52

53 Der Umstieg auf Elektromobilität wird mit einem mehrjährigen Plan zum Ausbau der
54 Ladeinfrastruktur begleitet.

55 Dienstwagen der Stadt und der städtischen Gesellschaften werden vorrangig als E Autos
56 angeschafft.

57 Die Flotte der Busse der DVG wird schrittweise auf E Busse umgestellt.

58

59 **4. Beschluss:**

60 Die Ratsfraktion wird daher aufgefordert, für die "Energiewende in Duisburg" initiativ zu
61 werden. Zur Umsetzung wird daher zeitnah eine zentrale Arbeitsgruppe eingerichtet, in
62 der Politik, Verwaltung und Wissenschaft vertreten sind. Diese AG soll der Ratsfraktion
63 und der Öffentlichkeit jedes Jahr einen Sachstandsbericht vorlegen.

64

65

66

67

68

69 Angenommen:

70 Abgelehnt:

71 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 11
ANTRAGSTELLER	UB-Vorstand
ADRESSAT	SPD Bundestagsfraktion
BETREFF	Vollständige Verbeitragung Minijobs

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Die SPD-Duisburg wird aufgefordert, sich für die Abschaffung der Minijobs (450,00€)
5 einzusetzen. Zugleich ist eine Verbeitragung des Arbeitslohns ab dem 1. Euro
6 anzustreben, wobei die Arbeitnehmerbeiträge über die Lohn- und Einkommensteuer
7 rückerstattet werden, soweit das zu versteuernde Einkommen unterhalb des steuerlichen
8 Grundfreibetrags liegt.

9
10 **Begründung:**

11 Durch Minijobs haben die Kollegen*innen in Teilzeit gegenwärtig keine oder eine deutliche
12 schlechtere soziale Absicherung. Ziel ist die Umwandlung in Teilzeit- oder Vollzeitjobs im
13 Schutz der Sozialversicherung. Gerade jetzt in der Covid19 Pandemie zeigt sich, dass
14 viele Minijobber, ergänzende Leistung vom Jobcenter benötigen.

15 Die Verbeitragung des Arbeitslohns (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge) ab dem 1.
16 Euro führt zu einer vollumfänglichen Sozialversicherung für alle Beschäftigten. Zugleich
17 werden die Arbeitnehmer*innen mit geringfügigem Arbeitseinkommen unterhalb des
18 Grundfreibetrags (knapp 10.000€ pro Jahr) von den Sozialabgaben über die
19 Steuerrückerstattung quasi beitragsfrei gestellt.

20 In Deutschland sind derzeit ca. 8 Millionen Menschen in einem Minijob. Gerade die
21 prekären Arbeitsplätze im Einzelhandel, Gastronomie und Reinigung fallen darunter.

22 Dadurch ist Altersarmut bei den geringfügig Beschäftigten regelrecht vorprogrammiert.

23 Betroffen sind insbesondere auch Kinder von Minijobbern. »Minijobs sind eine der zentralen
24 Quellen von Kinderarmut. Gerade Alleinerziehende weichen oft auf Minijobs aus, und
25 diese reichen nicht zum Leben« Zitat: Annelie Buntenbach, stellvertretende DGB-
26 Vorsitzende und Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Rentenversicherung.

27 Die Grundsätzliche Minijob-Idee, dass Schüler*innen, Student*innen, Rentner*innen sich
28 etwas dazuverdienen können wurde konterkariert. Seit Einführung der Minijobs, hat sich
29 der Niedriglohnsektor in Deutschland leider zum größten in Europa entwickelt.

30
31
32
33

34
35 **Angenommen:**

36 **Abgelehnt:**

37 **Überwiesen an:**



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 12
ANTRAGSTELLER	Jusos
ADRESSAT	SPD Landtagsfraktion
BETREFF	Chancengerechte Bildung in Duisburg und NRW

1 Der UB Parteitag möge beschließen:
2

3 Die SPD Duisburg fordert Veränderungen in der Bildungs- und Schulpolitik. Etliche
4 Studien zeigen, dass Chancengerechtigkeit maßgeblich in der Schule entschieden wird.
5 Ein Problem ist, dass es in der Schulpolitik wenig bis gar nicht um Kompetenzen geht,
6 sondern um das Erreichen bestimmter Leistungsniveaus.

- 7 • Deswegen fordern wir, ebenso wie die NRW Jusos, dass Noten abgeschafft
8 werden müssen, zugunsten von umfangreichen Bewertungssystemen.

9 Der Zugang zu Unterrichtsmaterialien, die Möglichkeit eine Klassenfahrt zu bezahlen
10 oder das Kopiergeld, den Sportverein, oder Nachhilfe dürfen keine Rolle spielen! Bildung
11 muss auf allen Ebenen zugänglich sein.

- 12 • Deswegen fordern wir eine Vereinfachung im Bildungs- und Teilhabegesetz und
13 eine flexiblere, bedarfsorientierte Anpassung der Schuletats!

14 Weil Lehrer*innen aber auch keine Freizeit zu verschenken haben, muss diesem
15 anzunehmenden Mehraufwand Rechnung geleistet werden. Ein Schritt in die diese
16 Richtung wäre, dass endliche alle Lehrer*innen gleich bezahlt werden!

- 17 • Wir fordern, dass die befristete und entfristete Anstellung von Lehrer*innen
18 Geschichte wird!

19 Das Erleben der Schule und die Kompetenzen der Schüler*innen werden in ihren
20 Familien und ihrem Umfeld vorbereitet. Wichtig für einen Sozialisationsprozess und
21 umfassende Förderung ist das Besuchen einer KiTa. Eltern können entlastet werden,
22 Kinder können ihre sozialen Kompetenzen erlernen und individuell und in der Gruppe
23 gefördert werden. Außerdem lernen sie Freund*innen kennen, mit denen sie gemeinsam
24 eine Grundschule besuchen können.

- 25 • Deswegen fordern wir: KiTa-Plätze müssen kostenfrei sein.
- 26 • Und weil mit dem Ende der KiTa und dem Beginn der Grundschule, die Relevanz
27 von Nachmittagsbetreuungen nicht zu Ende ist, fordern wir ebenfalls eine
28 Befreiung von den Gebühren der offenen Ganztagschule!

29 Corona hat uns mehr als deutlich gezeigt, dass digitales Lernen von großer Wichtigkeit
30 ist. Genau so wurde aber deutlich, dass Schulen, Lehrer*innen, Schüler*innen und
31 Verwaltung nicht im Ansatz dafür ausgerüstet sind.

- 32 • Deswegen fordern wir ein Digitalisierungskonzept in Duisburg, was einheitliche zu
33 nutzende Lernsoftwares in ganz NRW dringen berücksichtigt!

34

35 Angenommen:

36 Abgelehnt:

37 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 13
ANTRAGSTELLER	UB-Vorstand
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion
BETREFF	Mobilität in Duisburg

1
2 Der UB-Parteitag möge beschließen:

- 3
4 1. Sich umfassend bezüglich der neuen Mobilität zu positionieren.
5 2. Ein Strategiepapier zur Ausrichtung des SPD-Unterbezirks in Bezug auf die
6 Verkehrswende, die geänderte Mobilitätssituation sowie ganzheitlicher
7 Mobilitätskonzepte zu erarbeiten.
8 3. Zur Erarbeitung dieses Strategiepapiers, sowie zur Unterstützung der Ratsfraktion
9 und des Unterbezirksvorstands einen AK Mobilität zu initiieren.

10
11 **Begründung**

12 Vor allem im Bereich der Nahmobilität (Rad- und Fußverkehr) ist es angebracht,
13 zukunftsfähige und neue Ideen und Ansätze zu verfolgen. Die Mobilität spielt in alle
14 Bereiche des Alltags hinein. Gerade als SPD muss man sich klar dazu positionieren um
15 eine nachhaltige, zukunftsfähige und sozialverträgliche Mobilität innerhalb von Duisburg
16 zu gewährleisten. Hierzu ist es erforderlich einen ganzheitlichen Ansatz zu schaffen und
17 diesen nachdrücklich zu verfolgen.

18 Das Themenfeld Mobilität ist aktueller denn je. Es muss erreicht werden, diesen Ansatz
19 der Mobilität zu erreichen, der allen Bürgerinnen und Bürgern, sowie der Wirtschaft zu
20 nutzen kommt und, abweichend von den Bemühungen anderer Parteien, zu einer
21 Gleichbehandlung aller Verkehrsarten und -formen beiträgt.

22 Hierzu ist es notwendig, sich vollumfänglich mit diesem Thema zu befassen und daraus
23 ein Strategiepapier zu entwickeln.

24 Zur Erstellung dieses Papiers ist es erforderlich, einen eigenständigen Arbeitskreis
25 einzurichten, der sowohl aus interessierten Bürgerinnen und Bürgern, als auch aus
26 Expertinnen und Experten in diesem Bereich besteht und die Ratsfraktion und den
27 Unterbezirksvorstand auch nach Erstellung des Strategiepapiers berät und dafür Sorge
28 trägt, eine zukunftsfähige Ausrichtung der Partei im Bereich der Mobilität zu gewährleisten.

29
30
31
32
33 **Angenommen:**
34 **Abgelehnt:**
35 **Überwiesen an:**



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 14
ANTRAGSTELLER	SPD Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Ratsfraktion, Bezirksfraktion Rheinhausen
BETREFF	Den Nahverkehr an die Situation anpassen

1
2 Der UB-Parteitag möge beschließen:
3 Wir fordern den offensiven Ausbau des MyBus-Angebotes rund um die Uhr, an allen Tagen
4 in der Woche. Gleichzeitig müssen die Angeboten an regulären Linienverbindungen zu
5 Stoßzeiten erweitert werden.

6 Begründung:

7 Das aktuelle Infektionsgeschehen zeigt deutlich auf, dass auch der öffentliche
8 Nahverkehr im Wandel ist.

9 Zu den Randzeiten sind die Linienverbindungen nur schwach frequentiert, in den
10 Stoßzeiten überlaufen. Mit dem letzten Nahverkehrsplan sind allerdings auch zahlreiche
11 Linien eingestellt oder verkürzt worden, die nur wenig frequentiert wurden. Dadurch
12 wurden einzelne Quartiere praktisch abgeschnitten und gerade Berufsgruppen die
13 besonders früh oder spät beruflich pendeln müssen sind nun auf ein Auto angewiesen.

14 Daher sollten die stark frequentierten Linien durch einen höheren Takt entzerrt werden,
15 wenig frequentiere Strecken eingestellt werden zu Gunsten eines jederzeit erreichbaren
16 MyBus-Angebotes. Rufsäulen sollten an zentralen Plätzen (Bahnhöfe, Marktplätze)
17 installiert werden, um auch ohne ein Handy oder Tablet sich einen MyBus zu bestellen.

18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

31 Angenommen:
32 Abgelehnt:
33 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 15
ANTRAGSTELLER	SPD Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	Bezirksvertretung Rheinhausen
BETREFF	Fahrradstraßen für Pendler- und Freizeitverkehr

1 Der UB-Parteitag möge beschließen:

2 Mit diesem Antrag fordern wir Fahrradstraßen, die abseits oder parallel zu vorhandenen
3 Straßen und Wegen, auf die Bedürfnisse des Pendler- und Freizeitverkehrs ausgerichtet
4 sind.

5 So sollen z.B. in Rumeln-Kaldenhausen parallel zur Düsseldorfer Straße eine
6 Streckenführung eingerichtet werden, die entsprechend ausgebaut wird. Ebenso soll von
7 dort aus eine Stichverbindung von der Kirchfeldstraße zwischen Toeppersee und Tegge
8 nach Bergheim eingerichtet werden (siehe angehängte Karten).

9

10 **Begründung:**

11

12 Manche der vorgeschlagenen Straßen sind bereits Nebenstraßen, Straßen für Anlieger,
13 verkehrsberuhigt oder Fuß- und Radwege. Die Streckenführung entspricht also bereits
14 einem gelebten Alltag, ist aber größtenteils nicht adäquat für die nicht-motorisierte
15 Verkehrsteilnehmer ausgebaut.

16 Des Weiteren soll der Radverkehr möglichst einfach vom Kraftfahrzeugverkehr
17 getrennt werden, damit ein ungestörter Radverkehr möglichst durchgehend erreicht
18 wird.

19 In einer weiteren Ausbaustufe und nach dem Bau der Cölve-Brücke könnte die Neustraße
20 und von da aus verlängert am Bahndamm die Strecke bis nach Moers geführt werden.
21 Streckenführungen:

22 Die vorgeschlagene Streckenführung (siehe auch Kartenausschnitte):

23

24 1) Parallel zur Düsseldorfer Str.:

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

- a. An der Cölve nach Süden am vorhandene Fußweg am Binsenteich vorbei zur Dorfstraße,
- b. Dorfstraße über die Kirchfeldstraße Richtung Rathausallee,
- c. Über das alte Zechengelände parallel zur Siedlung am Geistfeld zur Nedleburg,
- d. (Nedleburg zwischen Düsseldorfer Straße und Bergwegstraße ausbauen),
- e. Von der Nedleburg zur Friemersheimer Straße,
- f. Von der Friemersheimer Straße an der Stadtgrenze Richtung Charlottering an den Anschluss Düsseldorfer Straße.

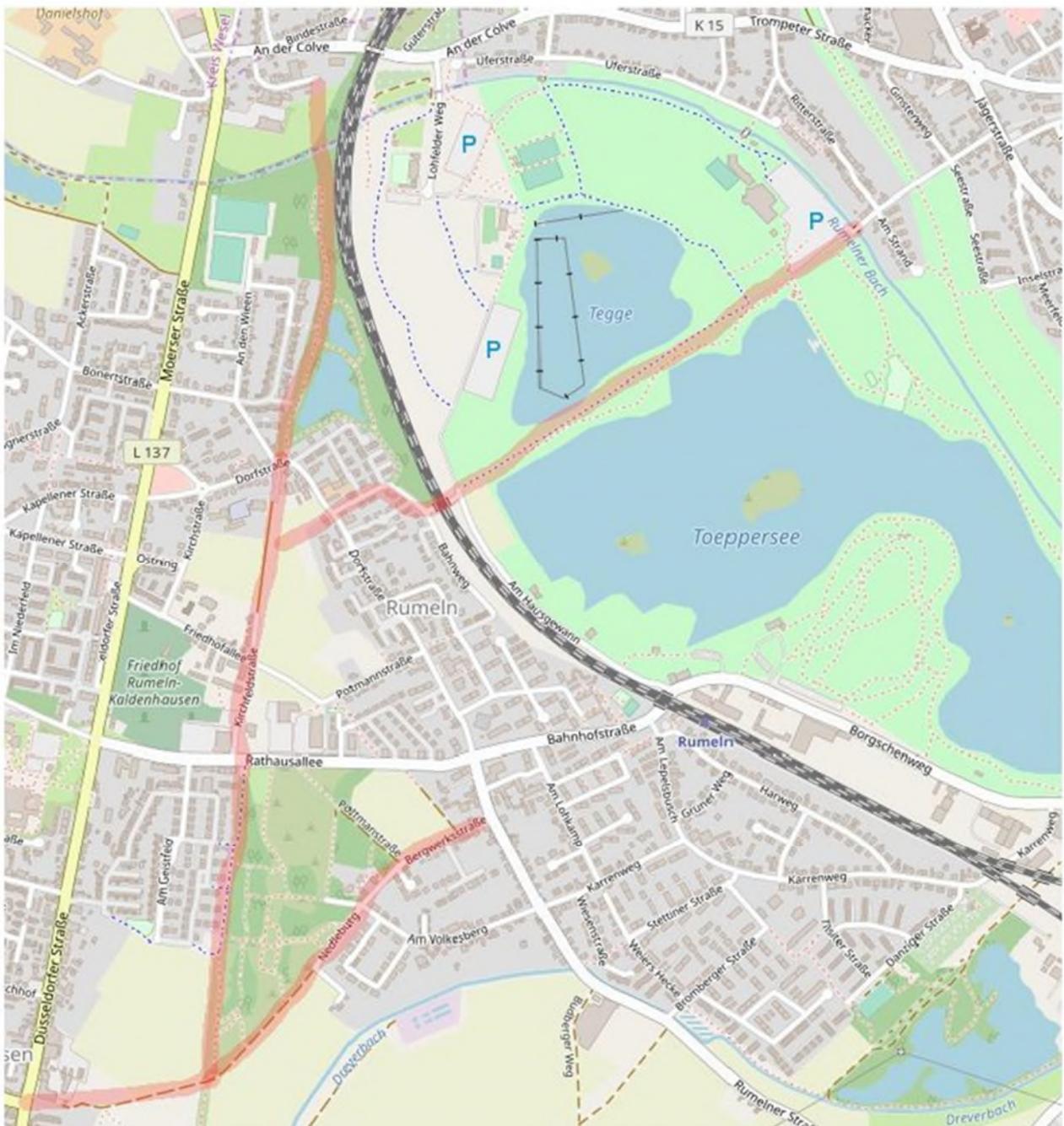
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50

2) Stichverbindung nach Bergheim:

- a. An der Marienfeldschule von der Kirchfeldstraße Richtung Dorfstraße.
- b. Von der Dorfstraße über den Lohfelder Weg zum Hausgewann.
- c. Zwischen Toeppersee und Tegge (Bergheimer Straße) zur Beekstraße.

Perspektivisch wäre eine Weiterführung über die Neustraße (nach dem Neubau der Cölvebrücke) am Bahndamm vorbei bis zum Naherholungsgebiet Schwafheimer See denkbar.

Nord:



51
52



- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 16
ANTRAGSTELLER	SPD Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	SPD Landtagsfraktion in NRW, SPD Ratsfraktion, SPD Mitglieder im VRR-Aufsichtsrat und Berater
BETREFF	Mit einer Seilbahn die Rheinseiten zur IGA 2027 verbinden

1 Der UB-Parteitag möge beschließen:
2

3 Start-ups der TU Aachen haben sich zum Ziel gesetzt, die Mobilität grundlegend zu verändern. Ein
4 Ansatz wäre die Einrichtung einer Seilbahn, deren Kabinen am Seilbahnde mit einem Bus
5 weitertransportiert werden können, eine ideale Form des modernen ÖPNV (siehe Literaturangabe).

6 Für Duisburg würde sich diese neue Form der Mobilität in Verbindung mit der IGA 2027
7 anbieten. Es soll von Hochfeld, Haltestelle "Marienhospital", über den Rheinpark bis zum
8 Kreisverkehr Moerser Straße / Margarethenstraße / Osloer Straße nach Rheinhausen eine
9 Seilbahnverbindung aufgebaut werden. Diese wird anlässlich der IGA 2027 zu touristischen
10 Zwecken aufgebaut um den erwarteten Andrang besser zu verteilen. An den Endpunkten
11 könnten dann die Kabinen für den straßengebundenen ÖPNV übernommen werden und die
12 weitere Anbindung gewährleisten. Zukünftig wäre dann diese Strecke für Pendler und den
13 rheinüberquerenden Fahrgasttransport interessant.

14 Begründung:

15 Die IGA 2027 am Rheinpark zeigt auf, welche Möglichkeiten sich ergeben, wenn alte Flächen
16 neu entwickelt werden. Mit der Ausstellung entstehen etliche neue Infrastrukturen, die für eine
17 zukünftige Nutzung erhalten bleiben sollten. Dies würde auch für eine neu errichtete Seilbahn
18 gelten, denn:

19 durch wenige Brücken, die praktisch ausschließlich dem Kraft- und Schienenverkehr dienen, ist
20 Duisburg durch den Rhein geteilt. Eine Seilbahn bietet sprichwörtlich eine neue Verbindung, die
21 nicht nur die Rheinquerung erschließt, sondern auch die links und rechtsrheinischen Ortsteile
22 besser verbindet. Hier würde dann wieder mehr fußläufiger Verkehr entstehen, eine Vitalisierung
23 der lokalen Gewerbebetriebe in Rheinhausen und Hochfeld.

24 Streckenführung: (siehe Karte)

- 25 1) Von Hochfeld, Haltestelle "Marienhospital", in den Rheinpark als Stopp
- 26 2) Vom Rheinpark zum Kreisverkehr Moerser Straße in Rheinhausen

27
28
29
30
31



32
33
34
35

Literatur:

36 **Next Mobility: Schweben und fahren: Ein Start'up will die Seilbahn in Städte bringen**

37 **13.10.2020 | Redakteur: Svenja Gelowicz**

38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 17
ANTRAGSTELLER	SPD Wanheimerort
ADRESSAT	SPD Landtags- und Bundestagsfraktion
BETREFF	Nachholung von beweglichen Feiertagen, die auf einen Wochenendtag fallen

- 1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Die Duisburger SPD setzt sich auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass bewegliche
6 gesetzliche Feiertage, die auf einen Wochenendtag fallen, in der darauffolgenden Woche
7 nachgeholt werden.
8
9 Begründung:
10
11
12 Feiertage dienen zur Erholung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wenn
13 allerdings bewegliche Feiertage auf einen Wochenendtag fallen, geht für sie die
14 zusätzliche Erholung verloren. 2021 fallen zum Beispiel der 1. Mai auf einen Samstag,
15 der Tag der Deutschen Einheit auf einen Sonntag und die beiden Weihnachtsfeiertage
16 sogar auf Samstag und Sonntag. In vielen europäischen Ländern ist eine Nachholung
17 dieser Feiertage bereits üblich, darunter Großbritannien, Spanien, Belgien oder
18 Luxemburg. Deutschland sollte mit einem guten Beispiel vorangehen und seinen
19 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diesen Freizeitausgleich ermöglichen.
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35 Angenommen:
36 Abgelehnt:
37 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 18
ANTRAGSTELLER	Jusos Duisburg UBV
ADRESSAT	SPD Duisburg Parteitag, Ratsfraktion SPD Duisburg
BETREFF	Kostenfreie Tampons und Binden in öffentlichen Gebäuden

- 1
2
3 Der UB Parteitag möge beschließen
4
5 Die SPD Duisburg fordert eine kostenfreie Bereitstellung von Hygieneartikeln für Frauen*
6 in öffentlichen Gebäuden. Hierbei werden in allen öffentlichen Sanitäranlagen Binden und
7 Tampons kostenlos zur Verfügung gestellt.
8
9 Begründung:
10
11 Produkte für die Periode dürfen keine Frage des Geldes sein! Gerade obdachlose
12 Menschen nutzen öffentliche Toiletten und erhalten so Zugang zu Hygieneartikeln.
13 Darüber hinaus sollte sich keine Frau* darüber Gedanken machen müssen, wo Sie* in
14 dringenden Notfällen Produkte zur Hygiene bekommt. Binden und Tampons o.ä. werden
15 genauso dringend benötigt wie beispielsweise Toilettenpapier.
16 Das Thema Menstruation muss endlich enttabuisiert werden und Frauen* haben ein Recht
17 darauf, genauso unbeschwert am öffentlichen Leben teilzunehmen, wie Männer*.
18 Frauen* haben im Durchschnitt ihre Menstruation vom zwölften bis zum 51. Lebensjahr;
19 meistens jeden Monat mit einer durchschnittlichen Dauer von drei bis sieben Tagen. Dann
20 ist es gut, wenn Frauen* möglichst sorgenfrei auf eine öffentliche Toilette gehen können
21 und wissen, dass sie dort kostenlose Produkte bekommen können.
22
23 Binden und Tampons sind auch einfach teuer, aber es ist leider ein Fakt, dass Frauen*
24 während ihrer Periode eine größere Anzahl von diesen benötigen. Lasst uns eine einfache
25 Rechnung durchgehen: Ca 5 Binden bzw. Tampons verwendet eine Frau während ihrer
26 Regel pro Tag. Ca. 7 Tage im Monat werden die Produkte getragen. 12-mal im Jahr
27 menstruieren Frauen* im Schnitt. Ca. 3276 Tage verbringt eine Frau* in ihrem Leben mit
28 der Menstruation im Durchschnitt. Damit verbraucht eine Frau* ca. 16800 Binden bzw.
29 Tampons in ihrem Leben. Wenn man annimmt, dass ein normaler Tampon 6 Cent kostet,
30 gibt eine Frau* in ihrem Leben über 1000€ für Binden und Tampons aus. Da ist es nicht
31 Zuviel verlangt, wenn man um eine kostenfreie Bereitstellung für Binden und Tampons in
32 öffentlichen Sanitäranlagen bittet.
33
34
35
36
37
38 Angenommen:
39 Abgelehnt:
40 Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 19
ANTRAGSTELLER	Jusos Duisburg UBV
ADRESSAT	UB- Parteitag, SPD Ratsfraktion
BETREFF	Sicherer Hafen

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen

3
4 **Duisburg erklärt sich zum sicheren Hafen**

5
6 **Zu einem Sicheren Hafen gehört für die SEEBRÜCKE, dass die Kommune:**

7
8 **Öffentliche Solidaritätserklärung**

- 9
10 1. sich mit Menschen auf der Flucht, der Seenotrettung und den Zielen der der
11 SEEBRÜCKE solidarisch erklärt.

12
13 **Einsatz für sichere Fluchtwege und Unterstützung der Seenotrettung**

- 14
15 2. sich für sichere Fluchtwege und das Ende der EU-Abschottungspolitik einsetzt,
16 damit Menschen nicht mehr auf lebensgefährlichen Routen fliehen müssen.
17 3. sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung auf dem
18 Mittelmeer positioniert und diese aktiv unterstützt, beispielsweise mit
19 Öffentlichkeitsarbeit, Patenschaften, finanzieller Unterstützung oder der Beteiligung
20 an einer Rettungsmission.
21 4. sich darüber hinaus aktiv für staatliche Seenotrettungsmissionen einsetzt

22
23 **Aufnahme von Menschen auf der Flucht**

- 24
25 5. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Einrichtung
26 neuer bzw. für die deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen
27 Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzt und dazu selbst Aufnahmeplätze
28 zusätzlich zur Verteilungsquote (Königsteiner Schlüssel) anbietet (Humanitäre
29 Aufnahmeverfahren des Bundes, insbes. Resettlement-Programm, und Programme
30 der Bundesländer nach §23 AufenthG).

- 31
32 6. Plätze für die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus
33 Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von
34 Schutzsuchenden bereitstellt (z.B. im Rahmen eines Dublin- oder Relocation-
35 Verfahrens).

- 36
37 7. sich gegenüber dem Bundesland und der Bundesregierung für die Schaffung

38 rechtlicher und finanzieller Rahmenbedingungen einsetzt, mit denen die Kommunen
39 die Aufnahme von Menschen auf der Flucht über die Verteilungsquote hinaus
40 tatsächlich selbstbestimmt realisieren können.
41

42 **Kommunales Ankommen und Bleiben gewährleisten**

- 43
- 44 8. für alle geflüchteten Menschen - unabhängig vom Fluchtweg - für ein langfristiges
45 Ankommen sorgt. Um ein gutes und sicheres Leben in der Kommune zu
46 gewährleisten, müssen alle notwendigen Ressourcen für eine menschenwürdige
47 Versorgung, insbesondere in den Bereichen Wohnen, medizinische Versorgung
48 und Bildung, und für die gesellschaftliche Teilhabe der Aufgenommenen zur
49 Verfügung gestellt werden.
- 50
- 51 9. für Bleibeperspektiven eintritt und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen
52 Abschiebungen einsetzt. Sie ist nicht nur Sicherer Hafen, sondern zugleich
53 Solidarische Stadt für alle Menschen.
54

55 **Vernetzung**

- 56
- 57 10. sich auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene aktiv für die Umsetzung der
58 oben genannten Punkte einsetzt. Dafür vernetzt sie sich mit anderen Städten und
59 tritt dem kommunalen Bündnis "Städte Sicherer Häfen" bei. Sichere Häfen setzen
60 sich in ganz Europa für eine menschenrechtskonforme europäische
61 Migrationspolitik und ein Ende der Abschottungspolitik ein.

62 **Transparenz**

- 63
- 64 11. alle unternommenen Handlungen veröffentlicht.

65 **Begründung:**

66

67 Dies ist mehr als ein Symbolantrag, sondern eine Frage der Haltung. Die Frage ist, wie
68 stehen wir zu Menschen, die an der Grenze zu unserer Wertegemeinschaft ertrinken und
69 in Auffanglagern, unter menschenunwürdigen Bedingungen Leben? Mit Diesem Antrag
70 wird kein Geflüchteter sofort nach Duisburg kommen. Allerdings ist es ein Zeichen, das wir
71 uns von rechts nicht einschüchtern lassen und wir Menschen nicht als Spielball von
72 politischen Diskussionen machen. Die SPD stand und steht immer und überall für
73 diejenigen die Hilfe benötigen. Wir sind die Kümmerer vor Ort und sind diejenigen, die die
74 Gesellschaft verbessern!

75

76 Dieser Antrag wurde am 15.09.2020 im Rat der Stadt Duisburg beschlossen. Dieser ist ein
77 erster und guter Schritt gewesen, allerdings fehlen noch einige Punkte, die ergänzt werden
78 müssen.

79

80 → Seenotrettung ist kein Verbrechen und muss unterstützt werden

81 → Es gibt weitere Lager Außer Moria

82 → In NRW sich dafür einsetzen

83

84 **Betreff Aufnahme von Geflüchteten aus Moria Inhalt**

85

86 Das Feuer im Flüchtlingslager Moria ist eine humanitäre Katastrophe. Die EU-Kommission

87 und die anderen EU-Mitgliedsstaaten müssen schnellstens eine gemeinsame Lösung
88 finden, zu der auch die Verteilung von Geflüchteten unter den Aufnahmewilligen in der EU
89 gehören muss. Die Fraktionen von SPD und CDU bitten daher, der Rat möge wie folgt
90 beschließen: -

- 91
- 92 • Die Bundesregierung möge – sofern eine Einigung auf EU-Ebene nicht herstellbar ist
93 – auch ohne eine solche abschließende Einigung auf EU-Ebene einen substanziellen
94 Beitrag bei der Aufnahme ermöglichen. –
 - 95 • Als Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit nimmt die Stadt Duisburg großzügig im
96 Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten Geflüchtete auf. –
 - 97 • Den Menschen des abgebrannten Flüchtlingslagers „Moria“ auf der griechischen Insel
98 Lesbos muss aus einer akuten Notlage geholfen werden. Für die Verteilung und
99 Unterbringung dieser Menschen muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen
100 und rechtssichere Voraussetzungen schaffen.

101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135

Angenommen:
Abgelehnt:
Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 20
ANTRAGSTELLER	OV Neudorf
ADRESSAT	SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, Duisburger MdB
BETREFF	Eindämmung der 'Sachgrundlosen Befristung' jetzt umsetzen

1 Der UB Parteitag möge beschließen

2

3 **Koalitionsvertrag:**

4

5 Der SPD-Ortsverein Duisburg-Neudorf fordert den SPD-Parteivorstand, die SPD-
6 Bundestagsfraktion sowie die Duisburger Bundestagsabgeordneten auf, darauf zu drängen, dass
7 noch in dieser Legislaturperiode die im Koalitionsvertrag verabredete Neureglung der
8 arbeitsrechtlichen Befristung umgesetzt wird.

9

10 **Begründung:**

11 Tatenlosigkeit in dieser Frage richtet sich gegen die Entscheidung der SPD-Mitglieder für eine
12 Große Koalition. Bei der Zustimmung zur Großen Koalition spielte für die SPD die im Koalitions-
13 vertrag 2018 vereinbarte Eindämmung der Befristung – speziell der sachgrundlosen Befristung –
14 eine hervorgehobene Bedeutung. Mit dem Koalitionsvertrag war u.a. angekündigt worden, dass
15 Unternehmen mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 % der Belegschaft auf Basis
16 solcher Verträge beschäftigen dürfen. Die Verträge sollen dabei höchstens für die Dauer von 18
17 statt bislang 24 Monaten zulässig sein und in diesem Zeitraum nur einmalig statt dreimalig
18 verlängert werden. Ein Kompromiss mit der CDU/CSU der verkraftbar schien.

19 Aus einer im Frühjahr veröffentlichten Studie des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozial-
20 wissenschaftlichen Instituts geht hervor, dass sich sachgrundlose Befristungen in den
21 zurückliegenden zwei Jahrzehnten verdreifacht haben. Allein von 2017 auf 2018 legte die Zahl um
22 200.000 Menschen auf insgesamt 1,8 Millionen zu. Und in der Corona-Krise wird überdeutlich, wie
23 derart gefährdet solche Arbeitsverhältnisse sind.

24 Aktuell sind dringend arbeitsrechtliche Vorkehrungen zu treffen, um die Abwälzung der Corona-
25 Krise auf den Schultern von ungesicherten Arbeitsverhältnissen auszuschalten. Bereits jetzt sind
26 Geringverdiener – zu denen zumeist auch befristet Beschäftigte zählen – am schärfsten betroffen.
27 Nach einer aktuellen Studie der Hans-Böckler-Stiftung verzeichneten innerhalb der Netto-
28 einkommensgruppen bis 1.700 € vierzig und mehr % Einkommenseinbußen, wogegen bei den
29 Nettoeinkommen von 3.200 € und mehr nur um die 25 % betroffen waren.

30 Bei der Eindämmung der Befristungen und speziell der sachgrundlosen Befristung scheint es
31 bisher kein Fortkommen im Regierungslager zu geben. Einem Bericht der Süddeutschen Zeitung
32 vom 22.9.2020 zufolge, tritt auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) auf die
33 Bremse.

34 Es ist zu befürchten, dass innerhalb der Bundesregierung angesichts der Corona-Krise die Auf-
35 fassung wächst, dass eine fortdauernde und weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes als pro-
36 fundes Mittel zur „ökonomischen Stabilisierung“ gesehen wird. Alles was die unternehmerische
37 Freiheit beschränke müsse demnach gestutzt werden.

38 Dieser vermeintlichen Logik muss sich SPD und die SPD-Bundestagsfraktion
39 entgegenstellen.

40

41

42 **Angenommen:**

43 **Abgelehnt:**

44 **Überwiesen an:**

Auszug aus Koalitionsvertrag CDU, CSU - SPD
19. Legislaturperiode.

2332 Wir setzen uns dafür ein, dass auch bei grenzüberschreitenden Sitzverlagerungen
2333 von Gesellschaften die nationalen Vorschriften über die Mitbestimmung gesichert
2334 werden.

2335

2336 Wir wollen den Missbrauch bei den Befristungen abschaffen. Deshalb dürfen Arbeit-
2337 geber mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft
2338 achgrundlos befristen. Bei Überschreiten dieser Quote gilt jedes weitere sachgrund-
2339 los befristete Arbeitsverhältnis als unbefristet zustande gekommen. Die Quote ist je-
2340 weils auf den Zeitpunkt der letzten Einstellung ohne Sachgrund zu beziehen.

2341

2342 Die Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes ist
2343 nur noch für die Dauer von 18 statt bislang von 24 Monaten zulässig, bis zu dieser
2344 Gesamtdauer ist auch nur noch eine einmalige statt einer dreimaligen Verlängerung
2345 möglich.

2346

2347 Wir wollen nicht länger unendlich lange Ketten von befristeten Arbeitsverhältnissen
2348 hinnehmen. Eine Befristung eines Arbeitsverhältnisses ist dann nicht zulässig, wenn
2349 mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein unbefristetes oder ein oder mehrere be-
2350 fristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren be-
2351 standen haben. Wir sind uns darüber einig, dass eine Ausnahmeregelung für den
2352 Sachgrund nach § 14 Abs. 1 Nr. 4 Teilzeit- und Befristungsgesetz wegen der Eigen-
2353 ad des Arbeitsverhältnisses (Künstler, Fußballer) zu treffen ist.

2354

2355 Auf die Höchstdauer von fünf Jahren wird bzw. werden auch eine oder mehrere vor-
2356 herige Entleihung(en) des nunmehr befristet eingestellten Arbeitnehmers durch ein
2357 oder mehrere Verleihunternehmen angerechnet. Ein erneutes befristetes Arbeitsver-
2358 hältnis mit demselben Arbeitgeber ist erst nach Ablauf einer Karenzzeit von drei Jah-
2359 ren möglich.

2360

2361 Wir werden über eine Tariföffnungsklausel im Arbeitszeitgesetz Experimentierräume
2362 für tarifgebundene Unternehmen schaffen, um eine Öffnung für mehrselbstbestimm-
2363 te Arbeitszeit der Arbeitnehmer und mehr betriebliche Flexibilität in der zunehmend
2364 digitalen Arbeitswelt zu erproben. Auf Grundlage von diesen Tarifverträgen kann
2365 dann mittels Betriebsvereinbarungen insbesondere die Höchstarbeitszeit wöchentlich
2366 flexibler geregelt werden.

2367

2368 Arbeit auf Abruf nimmt zu. Wir wollen jedoch sicherstellen, dass die Arbeitnehmerin-
2369 nen und Arbeitnehmer ausreichend Planungs- und Einkommenssicherheit in dieser
2370 Arbeitsform haben. Deshalb werden wir gesetzlich festschreiben, dass der Anteil ab-
2371 zurufender und zu vergütender Zusatzarbeit die vereinbarte Mindestarbeitszeit um
2372 höchstens 20 Prozent unterschreiten und 25 Prozent überschreiten darf. Fehlt eine
2373 Vereinbarung zur wöchentlichen Arbeitszeit gilt eine Arbeitszeit von 20 Stunden. Im
2374 Krankheitsfall und an Feiertagen werden wir den Durchschnittsverdienst der letzten
2375 drei Monate als verpflichtende Grundlage festschreiben.

2376

2377 Wir wollen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz 2020 evaluieren.

2378

2379 Wir wollen einen Rahmen schaffen, in dem Unternehmen, Beschäftigte und die Tarif-
2380 partner den vielfältigen Wünschen und Anforderungen in der Arbeitszeitgestaltung
2381 gerecht werden können. Wir wollen Familien in ihrem Anliegen unterstützen, mehr
2382 Zeit füreinander zu haben und die Partnerschaftlichkeit zu stärken. Wir werden dazu



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	A 21
ANTRAGSTELLER	OV Rheinhausen-Mitte, OV Friemersheim, OV Bergheim, OV Rumeln-Kaldenhausen
ADRESSAT	UB-Parteitag, Landesparteitag, Bundesparteitag
BETREFF	Änderung des Beitragserhöhungsverfahrens

1 Der UB Parteitag möge beschließen

2
3 Vom bisherigen Verfahren bei Beitragserhöhungen, Nicht-Meldung als Zustimmung zu
4 werten, soll Abstand genommen werden. Stattdessen soll eine Beitragserhöhung künftig
5 nur dann wirksam werden, wenn das Mitglied dieser ausdrücklich zugestimmt hat.

6
7 **Begründung:**

8 Schon das Schreiben des Parteivorstandes zu Beitragserhöhungen im Jahr 2019 hat an
9 der Parteibasis vielfach für Unmut gesorgt und auch manchen Parteiaustritt provoziert.
10 Nunmehr ist die Beitragserhöhung zum 01.01.2021 wirksam geworden, und den
11 Mitgliedern wurde schriftlich freigestellt, der beschlussgemäßen Erhöhung zuzustimmen,
12 einen anderen Mitgliedsbeitrag zu wählen oder es bei dem bisherigen Mitgliedsbeitrag zu
13 belassen. Was nicht erwähnt wurde, aber gängiger Praxis entsprechend hierbei ebenso
14 gilt, ist, dass Nicht-Meldung zumindest im Einzugsverfahren automatisch zu
15 beschlussgemäßer Erhöhung führt.

16 Damals wie heute ging und geht es vielen Parteimitgliedern an der Basis es weniger um
17 die Sache bzw. die nachvollziehbare Finanzsituation der SPD selbst, sondern vielmehr um
18 die Form, in der die Beitragserhöhung durchgeführt wird. Wie mittlerweile in der gesamten
19 Welt des Kommerzes üblich spekuliert man mit dieser Vorgehensweise auf die
20 Vergesslichkeit und Bequemlichkeit der Menschen. Dies mag aus rein monetären
21 Gesichtspunkten sicherlich der erfolgversprechendere Weg sein, doch sollte gerade die
22 SPD mit ihrem hohen moralischen Anspruch nicht das gleiche Gebaren an den Tag legen
23 wie Banken, Versicherungen u.a. gewinnorientierte Unternehmen, sondern stattdessen
24 auf die aktive Solidarität der Genossinnen und Genossen vertrauen. Wer der Partei also
25 helfen möchte, sollte sich aktiv dazu bekennen und mit einer klaren Willensäußerung
26 seinen Beitrag erhöhen.

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an:



UB Parteitag
am 18.03.2021

SPD Duisburg

ANTRAG	S 1
ANTRAGSTELLER	UBA
ADRESSAT	SPD UB-Parteitag
BETREFF	Neufassung UB-Satzung §10 Abs. 1

1
2 Der UB Parteitag möge beschließen:

3
4 Der Unterbezirksvorstand wird durch den Unterbezirksparteitag für die Dauer von zwei
5 Jahren gewählt. Er hat höchstens 21 Mitglieder und setzt sich zusammen aus

- 6
7 - Der bzw. dem Vorsitzenden oder zwei gleichberechtigten Vorsitzenden, die nicht
8 dem gleichen Geschlecht angehören (Doppelspitze). Gleichberechtigte
9 Vorsitzende sind in getrennten Wahlgängen zu wählen
10 - Spiegelstriche 2-4 unverändert
11 - und weiteren bis zu 15 Vorstandsmitgliedern.

12 Der Unterbezirksparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit, ob eine oder ein
13 Vorsitzender oder eine Doppelspitze gewählt werden soll. Zum Zeitpunkt seiner Wahl darf
14 höchstens die Hälfte der Mitglieder Mandatsträgerin bzw. Mandatsträger (Stadtrat,
15 Landtag, Bundestag) sein. Der Unterbezirksvorstand kann zu seinen Sitzungen
16 Beraterinnen bzw. Berater hinzuziehen

17
18
19 Angenommen:
20 Abgelehnt:
21 Überwiesen an: